

Volltextsuche: Klima

➤ Ergebnisübersicht:

Energiewende / Klimapolitik

CDU

Klimaneutral bis 2045

- Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden.
- bis 2030 Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent gegenüber 1990, bis 2040 Minderung von 88 Prozent.
- Abschaffung der EEG-Umlage, europäischer Emissionshandel mit einheitlichem Preis
- Förderung von Photovoltaikanlagen mit online Genehmigungsverfahren
- Förderung der Wasserstoffgewinnung aus Erneuerbaren Energien
- Steuervorteile für klimafreundliche Investitionen
- Einrichtung eines EU-Klimabeauftragten

AfD

Das Klima ist nicht schutzfähig.

- Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung wird abgelehnt.
- Kündigung des Pariser Klimaabkommen, Austritt Deutschlands aus allen staatlichen und privaten Klimaschutz-Organisationen und keine weitere Unterstützung
- Kein Kohleausstieg, kein Ausstieg aus der Atomenergie: weitere Nutzung von Kohle, Öl und Gas zur Energiegewinnung (keine Dekarbonisierung)
- Jede Form der CO₂-Besteuerung abschaffen, Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken
- Windenergieanlagen nur mit Zustimmung der Bürger erbauen lassen (Mindestabstand zur Wohnbebauung: 10-faches der Gesamthöhe, mindestens 2.5 km)

SPD

Klimaneutral bis 2045

- Deutschland soll spätestens 2045 klimaneutral sein.
- bis 2025 Abschaffung der Umlage für erneuerbare Energien, Finanzierung aus dem Bundeshaushalt
- 2038 Ende der Kohleverbrennung, ab 2040 Strom vollständig aus erneuerbaren Energien
- Förderung von Mieterstrom und Eigenversorgung, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten

Die Linke

Energiekonzerne entmachten, Klimaschutz in die Verfassung

- Klimaschutz soll als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werden.
- Energiekonzerne entmachten, Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand
- Förderung von Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfern
- Kohleausstieg bis 2030, Senkung der Emissionen um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990
- bis 2035 100 Prozent Ökostrom
- Schaffung von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen im Bereich Erneuerbarer Energien

- Atomausstieg sofort
- Fracking ohne Ausnahme verbieten
- Verbot des Imports von nicht ökologischem Wasserstoff

FDP

Klimaneutralität bis 2050, keine Förderung Erneuerbarer Energien

- bis 2050 klimaneutral: einheitlich marktwirtschaftlichen CO₂-Preis einführen
- Abschaffung der EEG-Umlage
- Förderung erneuerbarer Energien beenden und den Preis allein durch den Wettbewerb regeln lassen
- Speicher sollen – insbesondere im Stromsektor – als eigenständige Säule des Energiesystems rechtlich definiert werden.
- Deutsche Unternehmen sollen Klima-Projekte in anderen Staaten finanzieren können und daraus resultierende Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anrechnen. Eine Doppelanrechnung soll dabei ausgeschlossen werden.
- Ja zum Geo-Engineering: CDR (Kohlendioxidentfernung) soll als Technologie genutzt werden, um CO₂ direkt aus der Atmosphäre herauszuziehen.
- Ja zur Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion
- Digitale Energiewende mit mehr Bürgerbeteiligung

Bündnis 90/Die Grünen

Kohleausstieg bis 2030, massiver Ausbau erneuerbarer Energien, Null-Müll-Politik

- bis 2030 Reduzierung der CO₂-Emissionen um 70 Prozent, ab 2023 Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro
- bis 2030 Kohleausstieg umsetzen
- gleichzeitig massiver Ausbau erneuerbarer Energien unter Beteiligung der Kommunen den Erlösen: eine Million neue Solardächer innerhalb der nächsten vier Jahre mithilfe eines Förderprogramms bauen.
- Förderprogramm zur grünen Wasserstoffherstellung in Deutschland
- Photovoltaik wird auch in der Fläche zum Einsatz kommen.
- Bis 2035 soll im Bereich der Windkraft ein jährlicher Zubau von 5 bis 6 Gigawatt auf dem Land und 35 GW auf der See erfolgen
- Mieterinnen- und Mieterstrom fördern
- Gegen Nord Stream 2
- Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden
- Atomausstieg: Atomendlagersuche
- Die Bundesverwaltung soll klimaneutral werden.

Tierschutzpartei

Klimaschutz ins Grundgesetz

- Klimaschutz soll einen eigenen Artikel im Grundgesetz erhalten, welcher den Staat dazu verpflichtet alles Notwendige zu tun, um das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten
- Kohleausstieg bis 2030
- 100 Prozent Erneuerbare Energien und Treibhausgase-Nettonull bis 2035
- Verbot von Fracking, Export von Plastikmüll verbieten

Freie Wähler

klimaneutral bis 2050

- Klimaneutralität bis 2050 erreichen

- für eine Energiewende, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden
- Förderung erneuerbarer Energien (zum Beispiel die Besteuerung von privatem Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien) wird abgelehnt.
- Ausbau aller regenerativen Erzeugungsarten, auch Biogas
- einheitliche nationale und europäische Rahmenbedingungen

ÖDP

klimaneutral bis 2030, Kohleausstieg vor 2030

- Klimaneutralität bis 2030, Kohleausstieg deutlich vor 2030
- Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unter 350 ppm durch umweltverträgliche Methoden (gesunde Böden, Humusaufbau in Land- und Forstwirtschaft, Anreicherung von Ackerböden mit pflanzenkohlehaltigem Kompost)
- vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien
- Abschaffung aller Abstandsregeln für Windräder über 600m
- verpflichtender Bau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden
- schrittweise Reduzierung des Flächenverbrauchs für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen innerhalb von 10 Jahren auf Netto-Null

Die Humanisten

Klimawandel stoppen

- Erderwärmung auf 1.5 Grad Celsius begrenzen
- Klimaschutzprojekte grenzübergreifend auslegen, Aufbau internationaler Energiepartnerschaften für Produktion und Verarbeitung CO₂-neutraler Energieträger
- Kohleausstieg bis 2030
- Laufzeitverlängerung der sechs Atomkraftwerke als Brückentechnologie
- Vollständige Dekarbonisierung der Stromerzeugung

Team Todenhöfer

Klima als globales Thema, gegen das Elektroauto

- schrittweiser Ausstieg aus fossiler Energie, gegen das Elektroauto
- Partnerschaften mit Wüstenstaaten, um Sonnenenergie, grünen Wasserstoff, grünes Methan und weitere synthetische klimaneutrale Kraftstoffe aus Wüstenregionen zu importieren
- weltweite Aufforstung im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele
- Emissionshandel als Anreiz, den CO₂- Ausstoß zu verringern
- Ausarbeitung von Klimaschutzkonzepten mit China, Indien und den USA

Volt

Energiegenossenschaften

- Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030, Ausstieg aus der Braunkohle bis 2025
- Kapazitäten für Erneuerbare Energien (EE) auf ein Niveau von 25 bis 30 Gigawatt pro Jahr erhöhen: 40 Prozent Offshore-Wind, 30 Prozent Onshore-Wind, 30 Prozent Photovoltaik
- Umsetzung von EE-Projekten durch Energiegenossenschaften und -gesellschaften
- (Grünen) Wasserstoff nur dort einsetzen, wo keine Möglichkeiten der direkten Energienutzung bestehen
- Öffentliche Auftragsvergabe (Anteil bei über 50 Prozent) unter Kriterien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes

Landwirtschaft

CDU

Förderung von Ökolandbau und Tierwohl

- Ökologische Landwirtschaft: Förderung regionaler kleinerer und mittlerer Betriebe
- Erlass eines Tierwohlstall-Förderungsgesetzes, verpflichtendes europäisches Tierwohlsiegel
- Zuschüsse zur Mehrgefahrenversicherung, damit Betriebe sich gegen Dürre und andere Klimarisiken besser absichern können
- Erhöhung der Prämie für Junglandwirte
- Einrichtung einer Nationalen Lebensmittelagentur

SPD

Faire Bedingungen für Mensch, Tier und Natur

- Einsatz für faire Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und Saisonkräfte
- Reform der Flächenförderung der europäischen Landwirtschaft: Orientierung an Klima-, Natur- und Umweltschutz und dem Tierwohl.
- flächenbezogene Obergrenze in der Nutztierhaltung
- Die Kennzeichnung durch ein staatliches Tierwohllabel soll verpflichtend werden.
- gegen Bodenspekulation: zukünftige Vergabe nur für Investitionen mit Agrarbezug

FDP

Zulassung von In-vitro-Fleisch und grüner Gentechnik

- für den Einsatz grüner Gentechnik
- Zulassung von In-vitro-Fleisch
- Fokus der europäischen Agrarpolitik sollen Investitionsförderungen und Forschung sein, gegen flächenbezogene Direktzahlungen
- Anpassung an Klimaveränderungen ermöglichen durch steuerbefreite Risikoausgleichsrückzahlungen an Unternehmen in der Land- und Forstwirtschaft in guten Jahren zur Vorsorge für Dürrejahre, um staatliche Notprogramme zu verhindern
- Einführung eines europaweiten Tierwohllabels und Tierschutzstandards
- Eine Registrierungspflicht für Tierbesitzerinnen und -besitzer soll eine Benachrichtigung im Infektionsfall einfacher gestalten.

Volt

Anreize für umweltfreundliche Landwirtschaft schaffen

- Entlohnung der Land- und Forstwirtinnen und -wirte für Erreichung von Klima- und Umweltschutzzielen
- Gemeinwohlprämien sollen das System der Direktzahlungen in der Agrarförderung ersetzen
- Aufbau eines Systems des Tierwohl- und Grundwassermonitorings

Verkehr der Zukunft

CDU

Spitzentechnologie für klimaneutrales Fliegen

- Deutschland soll zum Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen werden
- Flüge mit alternativen Kraftstoffen sollen von Luftverkehrssteuer befreit werden.
- Der Güterverkehr soll perspektivisch weg von der Straße auf die Schiene oder auf Wasserstraßen verlagert werden.

- Es soll ein Nationaler Radverkehrsplan umgesetzt werden.
- kein Dieselfahrverbot, kein Tempolimit

SPD

Klimafreundlichstes Mobilitätssystem in Europa

- Bis 2030 sollen alle Busse und Bahnen in den Kommunen klimaneutral fahren und Deutschland damit zum modernsten und klimafreundlichsten Mobilitätssystem Europas werden.
- Bis 2030 sollen 15 Millionen PKW in Deutschland elektrisch fahren. Deutschland soll zu einem Zentrum der Batteriezellenfertigung und des Recyclings werden. Für den Schwerlastverkehr wird auf die Wasserstoff-Brennzelle und deren weitere Erforschung gesetzt.
- Bis 2030 sollen 75 Prozent des Schienennetzes elektrifiziert oder wasserstoffbetriebene Züge eingesetzt werden.
- Bahn geht vor Fliegen, keine Privatisierung der Deutschen Bahn

Team Todenhöfer

klimaneutrale Verbrennerfahrzeuge

- mittelfristig klimaneutrales Betreiben von Verbrennerfahrzeugen mit Methanolbenzin und Methanoldiesel

Wirtschaft der Zukunft

SPD

Klimagerechtes Wirtschaften

- sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft entlang des European Green Deal, Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse
- Umbau der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft, um einer Ressourcenverschwendung entgegenzuwirken

Die Humanisten

nachhaltiges Wirtschaften

- soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit im Wirtschaften beachten
- Beteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmen erleichtern und begünstigen
- Klimaneutrales Wirtschaftswachstum anstreben

Investitionen

SPD

Führender Start-up-Standort in Europa

- Deutschland soll in Europa zu einem führenden Standort für Start-up-Unternehmen werden.
- Auflage einer nationalen Strategie zur Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen
- Bei der staatlichen Auftragsvergabe von Straßen- und Gebäudebauten sollen ab 2030 ausschließlich klimaneutrale Grundmaterialien verwendet werden.
- Besonders hoch verschuldete Kommunen sollen einmalig hohe Altschulden erlassen werden. Dies gilt auch für die Altschulden von größtenteils ostdeutschen Wohnungsbaugesellschaften.

Bündnis 90/Die Grünen

Ausbau des Internets, klimaneutrale Infrastrukturen

- Investitionsoffensive zum Ausbau des Internets und klimaneutraler Infrastrukturen: Ladesäulen, Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne Stadtentwicklung.
- In diesem Jahrzehnt sollen mehr als 50 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden. Für digitale Infrastrukturvorhaben sollen alle Planungszeiten halbiert werden.
- Neugründungen sollen mit einem Gründungskapital von einmalig maximal 25.000 Euro unterstützt werden. Insbesondere Frauen sollen mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds gefördert werden.
- Förderprogramme für Hightech-Startups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen
- Die Beteiligung öffentlicher Institutionen soll im Stillen erfolgen und Lizenzregelungen abgeschafft werden.
- Förderung neuer Genossenschaften sowie von sozial-ökologischen Unternehmen
- Ausbau der Halbleitertechnologien auf 20 Prozent der weltweiten Produktion

Team Todenhöfer

Investitionen in Klima und Wohnen

- Investitionen in Aufforstung, Wohnungsbau und fortschrittliche Technologie für den Klimaschutz

Zukunft der EU

SPD

Verhandlungsrolle stärken, weiterer Ausbau der EU

- Die Führungsrolle Deutschlands in der EU bei Friedensverhandlungen weltweit soll durch den Ausbau des Zentrums für internationale Friedenseinsätze weiter gestärkt werden. Ein Austausch zwischen Russland und den USA zu Abrüstungen soll eingeleitet werden.
- Die Europäische Union soll zu einer wirklichen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion ausgebaut werden.
- Europa soll als Kontinent bis spätestens 2050 klimaneutral werden.

Die Linke

europäische Investitionsoffensive, EU-weite Volksbegehren

- für ein sozialökologisch ausgerichtetes Investitions- und Ausgabenprogramm in Höhe von 1 bis 2 Billionen Euro
- EZB soll Kreditprogramme bereitstellen, die öffentlichen Investitionsbanken den Mitgliedsstaaten einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft bis 2035 ermöglicht
- EZB soll vom EU-Parlament kontrolliert werden
- EU-Parlament soll Initiativrecht erhalten
- EU-weite Volksbegehren ermöglichen
- EU soll Europäischer Menschenrechtskonvention beitreten

Bündnis 90/Die Grünen

mehr Geld für Klimaschutz

- Erhöhung des EU-Haushalts, um mehr in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung zu investieren. Die Erweiterung des Budgets soll aus den Einnahmen der höheren

Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen sowie der Finanztransaktionssteuer erfolgen. Zudem soll der neu geschaffene Wiederaufbaufonds einen integralen Bestandteil des Haushalts bilden.

- für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
- Aufbau einer Reserve an EU-Mediatorinnen und Mediatoren sowie Expertinnen und Experten, die sich für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation einsetzen.
- Eine Bankenunion – mit gemeinsamer Einlagensicherung als Rückversicherung – soll dafür sorgen, dass der Euro überall gleich viel wert ist. Die Zentralbank soll entlastet werden.
- Das EU-Parlament soll Initiativrecht erhalten und in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden.
- Die EU-Kommission soll gewählt und durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen werden können.
- Statt des Einstimmigkeitsprinzips sollen Mehrheitsentscheidungen in das Europäische Parlament eingeführt werden.
- Klimaaußenpolitik: Europa soll Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken, Ausbau von Erneuerbaren Energien soll insbesondere in afrikanischen Ländern vorangetrieben werden

Migrationspolitik

Die Linke

Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex, Ausweitung von Flüchtlingsrechten

- Frontex auflösen und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzen, gegen die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung
- europäische Fluchtlage zur Verantwortungsteilung schaffen: Ungleichverteilungen sollen durch Ausgleichszahlungen der Länder mit geringen Aufnahmezahlen ausgeglichen werden.
- Humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme von Menschen aufsetzen, Deutschland soll in der EU mit Koalition der Willigen vorgehen
- Flüchtlingsdeal mit der Türkei und ähnliche Abkommen kündigen
- Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge
- umfassendes Recht auf Familien- und Geschwisternachzug
- Kommunen sollen selbst entscheiden können, ob sie mehr Geflüchtete als das zugeteilte Kontingent aufnehmen wollen
- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber, Mindestlohn von 13 Euro für alle Menschen
- Humanitäres Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt ohne Aufenthaltsstatus
- Legalisierung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus
- Ablehnung von Abschiebungen
- gezielte Anwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland

Bündnisse / Partnerschaften

Bündnis 90/Die Grünen

Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, Schaffung einer europäischen Sicherheitsunion

- Transatlantische Partnerschaft stärken, sie soll jedoch insbesondere in Klimafragen erneuert werden
- Deutschland soll frei von Atomwaffen werden und zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten
- Ja zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Anwendung von militärischer Gewalt wird in einigen Fällen, etwa zur Verhinderung eines Völkermords, geduldet.
- strategische Neuaufstellung der Nato, das Zwei-Prozent-Ziel wird abgelehnt.
- für die Schaffung einer EU-Sicherheitsunion
- Russland: Lockerung der Sanktionen an Bedingungen der EU knüpfen, gegen Nord Stream 2

Volt

EU stärken

- europäische Klimadiplomatiegruppe schaffen
- Austritt aller europäischen Länder aus dem Energiecharta-Vertrag gefordert
- Außenpolitik: Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU ermöglichen, deutsche Außenpolitik soll sich der EU unterordnen
- Europa soll chinesische Regierung dazu drängen, innerstaatliche Reformen und internationale Menschenrechtsabkommen zu ratifizieren und einzuhalten
- Schaffung einer europäischen Armee, in der die Bundeswehr aufgeht
- Sanktionsmöglichkeiten der EU erweitern, um Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen, auch außerhalb der EU

Außenhandel

Bündnis 90/Die Grünen

Orientierung an Klimaschutz- und Nachhaltigkeit

- Handel soll sich am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung orientieren
- Gegen das EU-Mercosur-Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten
- Kommunen und Regionen sollen mehr Mitsprache bei EU-Handelsvereinbarungen erhalten
- für eine Reform des EU-Beihilferechts, um Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen zu verhindern.
- Exportförderung für Industrien, die bessere Umwelt- und Lebensbedingungen im Blick haben.
- Auf EU-Ebene soll ein Importstopp für Agrarprodukte durchgesetzt werden, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und Menschenrechtsverletzung stehen.

Freie Wähler

strategische Rohstoffpartnerschaften

- Fokus auf strategische Rohstoffpartnerschaften, weltweiter Bezug von grünem Wasserstoff wichtige strategische Frage für Deutschland
- gegen CETA und TTIP
- Vorsorgeprinzip bei Abschluss von Handelsabkommen in den Vordergrund stellen
- wertebasierte Handelspolitik auf Basis des Pariser Klimaabkommen
- Einrichtung eines multilateralen Handelsgerichtshof
- Waffenexporte sollen durch Bundestagsvotum entschieden werden.

Staatshaushalt

Bündnis 90/Die Grünen

Finanzierung Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

- Kein Geld für umweltschädliche Subventionen. Das freiwerdende Geld in Höhe von über 10 Milliarden Euro soll für die Finanzierung des Klimaschutzes und soziale Gerechtigkeit eingesetzt werden. Als Orientierung hierfür dient eine Klimaquote, die schrittweise ansteigen soll. Die Einnahmen sollen aus grünen Anleihen gewonnen werden.
- Schuldenbremse reformieren, um dringende Investitionen zu ermöglichen.
- Sozial-ökologische Transformation: Deutschland soll bis 2025 acht Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen

Volt

Schuldenbremse temporär aussetzen

- Schuldenbremse temporär aussetzen für Investitionen in digitalisierte und klimaneutrale Gesellschaft

Steuern

Tierschutzpartei

mehr Steuern für Besserverdienende und klima- und umweltschädliche Produkte

- Grundfreibetrag für Alleinerziehende von 12.000 auf 24.000 Euro anheben
- Spitzensteuersatz anheben auf über 50 Prozent
- Vermögenssteuer in Höhe von 0.5 Prozent ab Grundfreibetrag von 1.000.000 Euro, 1 Prozent ab 1,5 Mill. Euro und 2 Prozent ab 3 Millionen Euro
- Abschaffung der Hundesteuer
- Alternative Milchprodukte sollen auf Umsatzsteuersatz von 5 Prozent gesenkt werden.
- Tabak- und Alkoholsteuer anheben
- Steuererhöhungen für unethische sowie klima- und umweltschädliche Produkte und Dienstleistungen

ÖDP

Klimasteuern, Vermögens- und Spekulationssteuer

- Entwicklung von Umwelt- und Ressourcensteuer, inklusive CO2-Grenzsteuern
- Einführung einer Vermögens- und Spekulationssteuer sowie Digitalsteuer

Forschung

Freie Wähler

klimafreundliche Forschungsziele fördern

- klimafreundlicher Ausbau des Verkehrssektors durch Forschung an nachhaltigem Treibstoff
- Antriebstechnologien, auch im Flugverkehr, klimafreundlich weiterentwickeln

Arbeit der Zukunft

Team Todenhöfer

Arbeitsplätze im Klimaschutz

- Arbeitsplätze in innovativen technischen Erfindungen im Klimaschutz schaffen

Wohnen

Team Todenhöfer

Eigenheim mit 10 Prozent Eigenkapital

- bezahlbarer Wohnraum als Grundrecht
- Eine Million klimafreundliche Wohnungen oder Häuser pro Jahr bauen.
- Streichung der Grunderwerbssteuer und Senkung der Grundsteuer
- Wohnungen oder Häuser sollen mit 10 Prozent Eigenkapital erwerbbar sein

Integrationspolitik

Volt

Erleichterte Asylverfahren und Klimapass für Klima-Geflüchtete

- Abbau bürokratischer Hürden bei der Einwanderung in Bezug auf Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung und Vergabe von Visa
- Bürgerkriegsgeflüchtete sollen ohne spezielle Prüfung sofortigen Schutzstatus erhalten
- Vereinfachte Familienzusammenführungen: für Kernfamilie von subsidiär Schutzberechtigten ohne Obergrenze ermöglichen
- Durch Pilotprogramm sollen Mentorinnen- und Mentorgruppen ein Jahr lang Geflüchtete auf ihrem Weg in die Gesellschaft begleiten
- Durch Klimapass sollen Klima-Geflüchtete unbürokratisch und ohne finanzielle Hürden nach Europa gelangen
- Geflüchtete sollen ohne Genehmigung des Bundesamtes für Arbeit eine Beschäftigung annehmen können